

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Agrarausschuß

30. Sitzung

am Donnerstag, dem 5. Februar, 10:00 Uhr

im Sitzungszimmer 136 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Claus Hopp (CDU)

Vorsitzender

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Gerhard Poppendiecker (SPD)

Klaus-Peter Puls (SPD)

in Vertretung von Helmut Plüschau

Sabine Schröder (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Frauke Tengler (CDU)

in Vertretung von Hans Siebke

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Peter Gerckens (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Weitere Anwesende

Tagesordnung:	Seite
1. Informationsgespräch mit der Arbeitsgemeinschaft der Rinderspezialberatungsringe in Schleswig-Holstein	4
hierzu: Umdruck 14/1588	
Kleine Anfrage zu den Kosten bezüglich Risikomaterials Drucksache 14/1177	
Rinderreport '97 der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein Nr. 511 vom Oktober 1997	
2. Verringerung der Planungsdichte, Planungskosten und Verfahrenszeiten	6
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/564	
(überwiesen am 12. März 1997 an den Innen- und Rechtsausschuß, den Umweltausschuß, den Agrarausschuß und den Wirtschaftsausschuß)	
3. Stärkung des Verbraucherschutzes auf dem Rindfleischmarkt in Schleswig-Holstein	7
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/1208	
Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 14/1231	
(überwiesen am 23. Januar 1998)	
4. Verschiedenes	11

Der Vorsitzende, Abg. Claus Hopp, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Informationsgespräch mit der Arbeitsgemeinschaft der
Rinderspezialberatungsringe in Schleswig-Holstein**

hierzu: Umdruck 14/1588

Kleine Anfrage zu den Kosten bezüglich Risikomaterial
Drucksache 14/1177

Rinderreport '97 der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein
Nr. 511 vom Oktober 1997

Als Geschäftsführer der AG der Rinderspezialberatungsringe referiert zunächst Diplomingenieur Johannes Thomsen anhand des Umdrucks 14/1588 über die Bedeutung der Milchviehhaltung in Schleswig-Holstein und geht sodann auf die inhaltliche Arbeit der Arbeitsgemeinschaft sowie auf den sich vollziehenden Strukturwandel in der Landwirtschaft und den damit verbundenen finanziellen Problemen auch für die Arbeitsgemeinschaft ein.

LLD Dr. Werner Lüpping weist ergänzend darauf hin, daß auch Nichtmitglieder durch die von der Kammer erstellten Rinderreporte und andere Veröffentlichungen Nutzen aus der Beratung für die betriebswirtschaftliche Seite ihrer Höfe zögen. Er warnt davor, durch Kürzung der Zuschüsse die Beratung zu sehr nur auf den betriebswirtschaftlichen Aspekt zu reduzieren, da darunter der Aspekt der Umweltverträglichkeit sicherlich leiden müßte.

MR Dr. Volker Clauß unterstreicht die große Bedeutung, die das MLR den Beratungsringen beimißt, was sich auch - trotz globaler Minderausgabe - im Haushalt widerspiegle.

Der Vorsitzende geht davon aus, daß sich der Ausschuß geschlossen für eine ausreichende Unterstützung des Beratungswesens stark machen werde.

In der sich anschließenden Diskussionsrunde werden der Einsatz des Computers bei der Beratung und die durch die Agenda 2000 zu erwartenden Veränderungen

und damit verbunden die Gerechtigkeit des Milchquotensystems angesprochen. Ferner kommen zur Sprache der in den landwirtschaftlichen Betrieben zu beobachtende Strukturwandel, der Anteil des Umweltverträglichkeitsaspektes in der Beratung und nicht zuletzt die praktischen Schwierigkeiten, die sich aus der Trennung von Schule und Beratung im Rahmen der Neuordnung beziehungsweise Schließung der landwirtschaftlichen Schulen ergeben.

Abg. Peter Jensen-Nissen bringt die Stichworte Tierseuchenfonds und Viehversicherung ins Gespräch.

Neben den zu erwartenden zusätzlichen Kosten durch das neue Rindfleischetikettierungsgesetz des Bundes werden auch Befürchtungen zu den Folgen eines möglichen Auftretens der MKL sowie zu den Folgen der BSE-Problematik geäußert. Ein weiteres Thema sind die schlechte Meiereistruktur im Lande und damit verbunden die regionalen Vermarktungsschwierigkeiten der Milchprodukte sowie die Modalitäten der Milchkontrolle.

Der Vorsitzende faßt die Diskussion in dem Vorschlag zusammen, daß die einzelnen Themen bei Bedarf weiter erörtert werden könnten und daß zu Beginn des Sommers eine Betriebsbesichtigung einer Beratungsstelle in Aussicht genommen werden sollte. Der Termin dafür muß noch festgelegt werden. Die Vertreter der Kammer und der Arbeitsgemeinschaft sollen um Bereisungsvorschläge gebeten werden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Verringerung der Planungsdichte, Planungskosten und
Verfahrenszeiten**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/564

(überwiesen am 12. März 1997 an den Innen- und Rechtsausschuß,
den Umweltausschuß, den Agrarausschuß und den
Wirtschaftsausschuß)

Die Beratung wird von der Tagesordnung abgesetzt, da zunächst die vom federführenden Innen- und Rechtsausschuß angeforderten Stellungnahmen der kommunalen Landesverbände abgewartet werden sollen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Stärkung des Verbraucherschutzes auf dem Rindfleischmarkt in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1208

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/1231

hierzu: Umdruck 14/1591

(überwiesen am 23. Januar 1998)

Als Antragstellerin bittet Abg. Sabine Schröder mit Hinweis auf die Beratungen im Vermittlungsausschuß des Bundes um Auskunft über die Konsequenzen auch finanzieller Art, die mit der Annahme des Gesetzes auf das Land zukommen werden. Sie fordert zu Überlegungen auf, wie die Kontrolllücken, die bei der Ausfuhr von Rindfleisch aus Großbritannien gegeben sind, haltbarer zu schließen seien.

M Hans Wiesen betont zunächst, daß dem Wunsch des Vereinigten Königreichs auf Lockerung der Exportbeschränkungen nicht nachkommen werden könne, weil damit ein massiver Vertrauensbruch einhergehen würde. Auch aufgrund der nur mangelhaften Einhaltung der EU-Auflagen durch Großbritannien könne einem solchen Lockerungsbegehren nicht Rechnung getragen werden.

Selbstverständlich entstünden durch striktere Kontrollen zusätzliche Belastungen, so fährt M Wiesen fort, aber wenn sie gleichzeitig für alle Mitgliederstaaten gälten, könne dies hingenommen werden, weil damit alle Staaten gleichmäßig belastet würden.

Im weiteren trägt M Wiesen Überlegungen zum Verbraucherschutz und zum Verbrauchervertrauen vor. Letzteres benötige man, wenn es gelingen sollte, den Rindfleischmarkt wieder aufzubauen. Er warne vor störenden Einflüssen auf das Marktgeschehen, die durch ein in der Presse hochgespieltes Tötungsverlangen britischer Rinderrassen entstünden. Er plädiere demgegenüber dafür, die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen möglichst intern zu fahren und darüber hinaus alles zu tun, um die Aufgeregtheit in der Diskussion dem im Grunde äußerst geringen Gefährdungsgrad, durch BSE-verseuchtes Rindfleisch zu erkranken, anzupassen.

Auf die Erklärung der Abg. Sabine Schröder, daß ihre Fraktion dahin tendiere, dem Änderungsantrag des SSW zu übernehmen, aber Bedenken habe, ob mit dem Rindfleischetikettierungsgesetz des Bundes auch alle Rindfleischerzeugnisse lückenlos erfaßt werden könnten, geht Dr. Reinhold Stauß zunächst dahin ein, daß für ihn Kostenvorstellungen in dreistelliger Millionenhöhe, wie sie bei der Tierkennzeichnung kursierten, nicht nachvollziehbar seien. Nach seinem Kenntnisstand werde für die Einrichtung einer zentralen Datenbank von einer Obergrenze von 15 Millionen DM ausgegangen. Damit müsse man einschließlich der sonstigen Kosten für Schleswig-Holstein mit rund 700.000 bis 800.000 DM rechnen.

Im übrigen sei die Gesetzeslage klar, was die Frage der Etikettierung von Convenience-Produkten angehe. Nach EU-Recht werde es eine Kennzeichnung nur für Fleisch als solches geben. Wenn man verarbeitete Produkte in die Vorschrift mit aufnehmen wollte, müßte das EU-Recht geändert werden. Dies jedoch würde an der Durchführung scheitern, denn es sei kaum machbar, Fertigprodukte wie beispielsweise Soßen oder Suppen im einzelnen zu etikettieren. Dies müsse dem Verbraucher auch offen gesagt werden, damit der Verbraucher nicht - ähnlich wie beim Risikomaterial des Rinds in Zusammenhang mit der BSE-Krise - in die Irre geführt werde.

Im übrigen habe Schleswig-Holstein mit dem System der Tierkennzeichnung einerseits und der jetzt beschlossenen Fleischetikettierung andererseits einen lückenlos funktionierenden Herkunftsnachweis, der genügen sollte, dem Verbraucher die geforderte ausreichende Sicherheit zu geben.

Abg. Matthiessen setzt sich dafür ein, insbesondere den lückenlosen Herkunftsnachweis zu praktizieren und ihn auch dem Verbraucher einsichtig zu machen. Er bezieht sich auf seine in der ersten Lesung vorgetragenen Überlegungen zur Vermarktung regionaler Produkte vor dem Hintergrund einer integrierten und tierschutzgerechten Fleischproduktion und regt zu den Anträgen weitere Beratungen sowie eine Anhörung eventuell auch mit Experten aus Niedersachsen an.

Die Ausschußmitglieder erklären sich mit einer Anhörung einverstanden. Der Vorsitzende bittet die Ausschußmitglieder, entsprechende Vorschläge für Anzuhörende bis zur kommenden Sitzung dem Agrarausschuß schriftlich zuzuleiten.

Dr. Reinhold Stauß glaubt, mit dem in Schleswig-Holstein entwickelten Gütezeichen eine ähnlich gut nachvollziehbare, lückenlose Dokumentation der Infrastruktur des Rindfleisches entwickelt zu haben, wie es in Niedersachsen mit dem Verein IFP angestrebt werde. Deshalb sollten vorrangig kompetente Ansprechpartner aus Schleswig-Holstein zur Anhörung gebeten werden. Solche kompetenten Ansprechpartner konzentrierten sich in Schleswig-Holstein hauptsächlich auf die Gütezeichenhersteller. Eventuell könnte eine vergleichende Darstellung erarbeitet werden über die Unterschiede beziehungsweise Gemeinsamkeiten zwischen dem schleswig-holsteinischen Gütezeichen und dem, was in Niedersachsen angestrebt werde. Auf diesem Material könnte seiner Meinung nach dann sehr gut die gewünschte Anhörung aufgebaut werden.

Abg. Peter Jensen-Nissen setzt sich mit dem Problem der lückenlosen Überwachung auseinander und hält die bereits bestehenden Sicherungssysteme mit Blick auf deren Weiterentwicklung für ausreichend genug, um das gewünschte Verbrauchervertrauen zurückzugewinnen. Unter dem Aspekt der Entwicklung von noch praktikableren Sicherungssystemen könne er der Anhörung zustimmen.

Abg. Peter Gerckens bezweifelt, daß der Verbraucher das Gütezeichen als verlässlich ansieht. Der Änderungsantrag des SSW bezwecke, zum einen dieses Vertrauen wieder zu gewinnen und zum anderen im verarbeitenden Gewerbe ein Bewußtsein für die Probleme zu wecken. Für die Antragsteller gelte es die Frage zu klären, ob es ohne zu großen technischen Aufwand möglich sein werde, auch Fertigprodukte entsprechend zu kennzeichnen, damit der Verbraucher eine objektive Information in den Händen habe.

Abg. Detlef Matthiessen stellt darauf ab, daß die ausreichende Kennzeichnung schon im Zerlegetrieb beginnen müßte, was aber bei Fleischvierteln im Vergleich zu den damit anfallenden Kosten kaum zu realisieren sei werde, und bittet deshalb den Vertreter des SSW, den Änderungsantrag zurückzuziehen.

Dr. Reinhold Stauß warnt vor einer Gleichsetzung der Behandlung von Lebensmitteln mit den Produkten der Pharmazie. Dies ginge in die falsche Richtung; das Verständnis des Verbrauchers dürfe nicht mit ausufernden Vorschriften überfordert werden.

Der Vorsitzende schließt die Diskussion, indem er den Vorschlag von Abg. Ehlers aufnimmt, die Abstimmung über den SSW-Antrag Drucksache 14/1231

zurückzustellen und zunächst die von Abg. Matthiessen erbetene Anhörung durchzuführen.

Abg. Gerckens erklärt sich mit der Zurückstellung der Abstimmung über seinen Antrag einverstanden.

Abg. Sabine Schröder bittet jedoch aus Gründen der anstehenden Beratung im Bundestag um Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 14/1208.

Beschluß:

Einstimmig empfiehlt der Ausschuß die Annahme des Antrages Drucksache 14/1208 mit der Maßgabe, die Forderung in Punkt 1 nach einer umgehenden Verabschiedung des Rindfleischetikettierungsgesetzes des Bundes durch die Verabschiedung dieses Gesetzes als erledigt zu betrachten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

1. Der Ausschuß folgt der Anregung von Abg. Sabine Schröder, die beteiligten Ausschüsse um ein baldiges Votum zum Bericht der Landesregierung zur Situation der Tourismuswirtschaft in Schleswig-Holstein und Perspektive einer künftigen Tourismusedwicklung, Drucksache 14/965, zu bitten.
2. Der Vorsitzende reflektiert kurz den Besuch der Grünen Woche und stellt Einigkeit fest, im nächsten Jahr die Grüne Woche wieder als ganzen Ausschuß zu besuchen. Dabei müsse für eine gut funktionierende Organisation auch eine rechtzeitige endgültige Anmeldung erfolgen.

Abg. Matthiessen wünscht sich eine intensive Nacharbeit in einer der kommenden Sitzungen.

Nächster Sitzungstermin: Donnerstag, 12. März 1998.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 12:30 Uhr.

gez. Claus Hopp

Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haaß

Geschäfts- und Protokollführerin